

# Eine Mission, die wohl vergebens war

**Politik** Vor 20 Jahren folgte SPD-Abgeordnete Christa Lörcher bei der Entscheidung über den Militäreinsatz in Afghanistan ihrem Gewissen und sagte Nein. CDU-Wahlkämpfer Thorsten Frei zeigt sich weiter als Hardliner.

**Kommentar**  
**Ralf Trautwein**  
 über Afghanistan  
 als Thema im  
 Bundestagswahlkampf



## Grotesk

**A**fghanistan ist weit weg. Und doch ist das fremde Land mit den Bezügen Villingen-Schwenningens zur großen Politik eng verknüpft. Nachdem Joe Biden die amerikanischen Truppen überhastet abgezogen hat, regiert die blanke Panik am Hindukusch.

Die Militärintervention in Afghanistan ist gescheitert, und sie hat ein unwürdiges Ende gefunden. Daran ändern auch die schönen Politikerworte nichts, die von den Berliner Koalitionären in den letzten Wochen zu hören waren.

Deutschland hat 2001 unter dem Eindruck von „Nine Eleven“, als islamische Terroristen mit Flugzeugen das World Trade Center zum Einsturz brachten, beschlossen, sich an der Operation „Enduring Freedom“ in Afghanistan zu beteiligen. Bis heute hat das den Steuerzahler mindestens 12,5 Milliarden Euro gekostet, wahrscheinlich sogar mehr. Sodass Thorsten Frei nun nicht ganz zu Unrecht das Kostenargument ins Feld führt – Militäreinsätze im Ausland sind prinzipiell Fässer ohne Boden. Man bekommt sie niemals gefüllt.

Das ist keine neue Erkenntnis, und deswegen klingt es ein Stück weit zynisch, wenn der Unionsfraktions-Vize jetzt vorgibt, die Afghanen müssten künftig eben selbst für ihre Zukunft kämpfen, man habe es ihnen ja beigebracht. Mit schönen Worten, die auch die aktuelle Regierungspolitik rechtfertigen sollen, lässt sich da nichts mehr hinbiegen. Geradezu grotesk ist es, im aktuellen zeitlichen Kontext die Abschiebung nach Afghanistan zu thematisieren.

Frei könnte eingestehen, dass die internationale Militärmission unter dem Strich vergebens war. Eine Mission, die es mit Christa Lörcher niemals gegeben hätte.

Gut, hinterher ist man immer schlauer. Allerdings nur dann, wenn man die richtigen Schlüsse aus dem zieht, was missglückt ist. Diese wären: Deutschland und die anderen Nato-Staaten sind ohne die USA militärisch nicht handlungsfähig. Und: Es ist eine schmerzhaft Niederlage des Westens. Auch unter moralischen Gesichtspunkten, wenn man an die Menschen in Afghanistan denkt, die jetzt mehr denn je um ihr Leben fürchten müssen. Deutschlands Sicherheit müsse am Hindukusch verteidigt werden, hatten die Regierungen Schröder und Merkel stets argumentiert. Damit ist es jetzt vorbei. Muss uns das nicht zu denken geben?

**D**ie Lage in Afghanistan spitzt sich zu: Mit dem Abzug der internationalen Truppen aus Afghanistan rücken die islamistischen Taliban immer weiter vor. Am Flughafen in Kabul gab es gestern Tumulte und Tote, als Hunderte versuchten, gewaltsam in Flugzeuge einzusteigen, um das Land zu verlassen.

Afghanistan geht mit dem Abzug der internationalen Truppen im Chaos unter. Ende Juni hat die Bundeswehr ihren Einsatz am Hindukusch nach nunmehr 20 Jahren beendet, nachdem die USA den Abzug ihrer Soldaten beschleunigt hatten. Die Truppe habe sich im Kampf bewährt, lobte Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) pflichtgemäß. Und die Politik? „Ihr Einsatz war nicht umsonst“, beschied Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) den Afghanistan-Rückkehrern der Truppe. Man werde künftig „mit zivilen Mitteln das fortführen, wofür Sie so große Opfer gebracht haben“.



letzten Tagen auch im Einsatzgebiet der Deutschen Bezirk für Bezirk erobert haben – unter rein politischen Gesichtspunkten ist es wieder so, als ob 150 000 deutsche Soldaten niemals vor Ort im Einsatz gewesen wären.

Dazu wäre es auch nicht gekommen, hätten vor zwei Jahrzehnten alle so entschieden wie eine Frau aus Villingen-Schwenningen. Damals hat der Bundestag 2001 auf Antrag der von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) geführten rot-grünen Bundesregierung die deutsche Beteiligung am Krieg in Afghanistan beschlossen. Doch Christa Lörcher, damals Bundestagsabgeordnete der SPD für den Schwarzwald-Baar-Kreis und heute über 80 Jahre alt, machte da nicht mit. Auf diese Weise hat sie Geschichte geschrieben. Denn sie verweigerte ihrem Kanzler Schröder

bei der Vertrauensfrage, die Schröder mit der Abstimmung über einen militärischen Einsatz in Afghanistan verknüpft hatte, die Stimme.

„Das Nein zum Militäreinsatz war für mich nicht mutig, sondern selbstverständlich.“

Lörcher war seinerzeit die einzige SPD-Abgeordnete, die das wagte und sich gegen den Afghanistan-Einsatz deutscher Soldaten stellte. Einen Tag vor ihrem Nein zum Bundeswehreinsatz hatte sie aus Protest die SPD-Fraktion verlassen und kandidierte auch nicht wieder für den Bundestag. „Das Nein zum Militäreinsatz gekoppelt mit der Vertrauensfrage war für mich nicht mutig, sondern selbstverständlich“, sagte sie später. Dabei wusste die Villingerin, dass sie mit ihrem Schritt das Ende ihrer politischen Karriere besiegeln würde. Und sie nahm es in Kauf.

Nach der Abstimmung reagierte Christa Lörcher spontan und trat als erste auf Gerhard Schröder zu. „Ich freue mich, dass ihr weiter regieren könnt“, sagte sie zu ihm.

Darauf gab es eine kurze Umarmung – das Bild davon illustrierte die Schlagzeilen, die Lörcher mit ihrer Weigerung machte, sich dem Fraktionszwang zu beugen.

Heute – ausgerechnet in der heißen Phase des Bundestagswahlkampfs – nimmt das Thema Afghanistan in der politischen Diskussion wieder einmal brei-



Christa Lörcher (oben, mit dem damaligen Kanzler Gerhard Schröder) war schon vor 20 Jahren gegen eine deutsche Kriegsteilnahme in Afghanistan.  
 Fotos: NQ-Archiv

ten Raum ein. CDU-Wahlkreisabgeordneter Thorsten Frei, Fraktionsvize der Union in Berlin, hat sich in den letzten Tagen und Wochen nicht nur dafür stark gemacht, die afghanischen Ortskräfte nach Deutschland zu holen, die die Bundeswehr unterstützt haben und nun die Rache der Taliban fürchten müssen.

### Weiter abschieben

Er hat sich immer wieder auch als „schwarzer Sheriff“ profiliert, indem er trotz der rasanten politischen Entwicklung am Hindukusch im Stile eines konservativen Ordnungspolitikers darauf beharrt hat, afghanische Straftäter entgegen einer Forderung der Grünen weiterhin abschieben zu lassen.

Wahlkämpfer Frei vertrat seinen Standpunkt auch noch am Wochenende in Fischbach: „Weder Deutschland noch alle anderen westlichen Länder können dauerhaft in Afghanistan 90 Prozent des Staatshaushaltes tragen. Daher war der Truppenabzug, nachdem mehr als 300 000 ein-



Jetzt haben die Taliban (rechts) Kabul eingenommen, und alles ist wieder, so scheint es, wie es vor der internationalen Militärmission in Afghanistan war.  
 Foto: aff

heimische Soldaten und Polizisten ausgebildet wurden, folgerichtig.“ Die Afghanen seien gefordert, „selbst für ihre Zukunft zu kämpfen, zumal die Taliban nominell deutlich unterlegen sind.“ Dabei hat ihn allerdings die Realität überholt: Inzwischen ist der afghanische Präsident Ashraf Ghani vor den Islamisten geflohen, und die Sicherheitslage ist außer Kontrolle.

Noch vor ein paar Tagen hatte Frei, in seiner ersten Berliner Legislaturperiode Außenpolitiker, davon gesprochen, dass „insbesondere die großen Städte wie beispielsweise Kabul für afghanische Verhältnisse sicher“ seien – damit lag er ziemlich daneben, wie sich gestern dann gezeigt hat. Ohne internationale Soldaten ist das Land völlig außer Kontrolle geraten.  
 rat



Thorsten Frei: Seine Einschätzung der Sicherheitslage in Afghanistan wurde von den Ereignissen überholt.